KANTON
LUZERN

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement
Raum und Wirtschaft (rawi)



Rückblick Roadshow 2026

Baubewilligungsprozess der Zukunft

An den fünf Roadshow-Standorten Luzern, Emmenbrücke, Wolhusen, Hochdorf und Sursee nahmen rund 200 Person teil. Sie erhielten einen Einblick in die Inosca-Lösung, diskutierten über mögliche Angebote und Schulungsmassnahmen sowie darüber, wie die Zusammenarbeit entlang des gesamten Baubewilligungsprozess gestärkt werden kann. Die nachfolgenden Erkenntnisse fassen die zentralen Rückmeldungen und Anliegen aus den Roadshows 2026 zusammen:

Haupterkenntnisse der Station 1: Einführung Inosca-Lösung

1. Transparenz im Bearbeitungsprozess: Gesuchstellende und Bauherrschaften wünschen eine jederzeit nachvollziehbare Statusübersicht über den Stand ihres Dossiers, offene Aufgaben, Fristen und erforderliche Nachreichungen.

2. Rollen- und Berechtigungskonzept: Die Sichtbarkeit und Bearbeitungsmöglichkeiten von Dossierdaten müssen auf die unterschiedlichen Rollen und Zuständigkeiten von Bauherrschaft, Planenden, Gemeinden und Fachstellen abgestimmt sein.

3. Benutzerführung und Prozessgestaltung: Eine intuitive Führung durch die Formulare sowie eine klare Aufgaben- und Fristenlogik sind zentrale Anforderungen an die Benutzerfreundlichkeit und die effiziente Abwicklung der Baugesuche.

4. Vorlagen und Kommunikation: Flexible Vorlagen mit verwaltbaren Textbausteinen und automatisch vorausgefüllten Dossierdaten sowie ein integriertes Kommunikations- und Benachrichtigungssystem sollen die Bearbeitung und den Informationsaustausch erleichtern.

5. «Schnittstellen und Systemintegration: Die Anbindung von GWR, Even sowie Gemeinde- und Fachapplikationen wurde als wichtiges Anliegen genannt. Wie weit Datenübertragung und Statusrückmeldung möglich sind, unterscheidet sich je nach System und ist teilweise begrenzt (z. B. bei Even als

eigenständigem Portal oder bei Gemeinden ohne eBAGE über die eCH-Schnittstelle). Das ist pro System im Detail zu klären.

6. Digitale Abwicklung und rechtliche Rahmenbedingungen: Die digitale Einreichung, Signatur und Zustellung von Verfügungen und genehmigten Plänen sowie die rechtssichere Publikation und Langzeitarchivierung müssen geklärt und im Prozess abgebildet werden.

7. Einbindung der Anspruchsgruppen: Die Bedürfnisse von Gemeinden, Fachstellen und Planenden sind bei der Ausgestaltung der Lösung zu berücksichtigen. Dazu gehört insbesondere die Fachstellen-Auswahl, die Einbindung externer Baukontrollen sowie eine frühzeitige Information und Schulung der Planenden.

Haupterkenntnisse der Station 2: Change mitbestimmen
Einführung Inosca-Software

1. Bedarfsgerechte Information: Die Anwenderinnen und Anwender wünschen eine frühzeitige, regelmässige und zielgruppengerechte Information über wichtige Projektmeilensteine, Änderungen und den aktuellen Projektstand.

2. Übersichtliche Informationen: Gewünscht wird eine übersichtliche und digital zugängliche Plattform, auf der sämtliche relevanten Projektinformationen (inkl. Ressourcenbedarf), Unterlagen und Termine aktuell bereitgestellt werden.

3. Praxisnahe Schulungsangebote: Das Schulungskonzept soll kurze und verständliche Formate wie Schulungs-Videos, Leitfäden, E-Learnings, aber auch Präsenzschulung umfassen. Neben einem Schulungsangebot für die Vermittlung von Grundlagen, sollen auch regelmässige Refresher-Kurse angeboten werden.

4. Anwenderspezifische Schulungen: Die Schulungsangebote sollen modular aufgebaut und auf die unterschiedlichen Rollen und Aufgaben der Beteiligten abgestimmt sein. Dabei sind insbesondere auch die Perspektiven aller Anwenderinnen und Anwender einzubeziehen.

5. Frühzeitige Testmöglichkeiten und Mitgestaltung: Ein frühzeitiger Zugang zu einem Prototyp oder einer Testumgebung soll es den Anwenderinnen und Anwendern ermöglichen, die Software selbst auszuprobieren, Rückmeldungen einzubringen und sich untereinander auszutauschen. Idealerweise werden Schulungsvideos und E-Learning-Angebote gleichzeitig zur Verfügung gestellt.

6. Persönliche Unterstützung und Austausch: Neben digitalen Lernangeboten wird eine persönliche Ansprechperson oder Fachstelle gewünscht, die bei Fragen unterstützt und Anliegen entgegennimmt.

7: Erfahrungsaustausch: Neben den Schulungsangeboten sowie Lernvideos soll auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch ermöglicht werden (z. B. in Form von ERFA-Treffen).

Haupterkenntnisse der Station 2: Change mitbestimmen
Fokus ausserhalb Einführung inosca-Software Lösung

1. Niederschwellige Grundausbildung schaffen: Gewünscht wird ein praxisorientierter Einsteigerkurs im Baurecht und Bauwesen, der auch Personen ohne vertiefte Vorkenntnisse einen raschen Zugang zur Materie ermöglicht. Die Teilnahme soll möglichst niederschwellig sein.

2. Kursangebot regelmässiger und modular gestalten: Die bestehenden Ausbildungsangebote, insbesondere das Fachmodul Bauwesen, sollen in kürzeren Abständen angeboten und durch modulare Kurse

sowie themenspezifische Auffrischungsangebote ergänzt werden. Damit können auch neue Mitarbeitende der Gemeinden zeitnah geschult werden.

3. Praxisorientierte Weiterbildungen ausbauen: Es besteht Bedarf an gezielten Schulungen zu verschiedenen Fachthemen, insbesondere zu Baukontrollen, Bauen ausserhalb der Bauzone, Baueingaben, Bauverwaltung und gesetzlichen Grundlagen.

4. Baurecht in die Grundausbildung integrieren: Baurechtliche Grundlagen sollen bereits in der beruflichen Ausbildung vermittelt oder angeboten werden, beispielsweise in der Ausbildung von Zeichnerinnen und Zeichner, in Architekturstudiengängen oder in der kaufmännischen Lehre. Dadurch kann relevantes Fachwissen frühzeitig aufgebaut werden.

5. Aktuelle Rechtsprechung und Praxisänderungen vermitteln: Die Beteiligten wünschen sich eine regelmässige und verständliche Information über neue Rechtsprechung, Gesetzesänderungen und die aktuelle Vollzugspraxis. Dafür eignen sich beispielsweise Newsletter, Informationsveranstaltungen und Online-Sessions.

6. Austausch zwischen den Akteuren fördern: Regelmässige Austauschgefässe zwischen Gemeinden, kantonalen Dienststellen und Planenden sollen das gegenseitige Verständnis stärken, den Wissenstransfer fördern und zu einer einheitlicheren Anwendung der baurechtlichen Grundlagen beitragen.

7. Digitale Wissensangebote bereitstellen: Ein digital zugängliches Handbuch mit gebündelten Fachinformationen und thematischen Grundlagen soll den Wissenstransfer unterstützen und als zentrale Nachschlagemöglichkeit für die Praxis dienen.

Haupterkenntnisse der Station 3: Zusammenarbeit fördern

1. Baurechtliche Rahmenbedingungen überprüfen: Die bestehenden gesetzlichen Vorgaben und Fristen gemäss Planungs- und Baugesetz sollen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Zweckmässigkeit überprüft werden. Auch eine Reduktion der Gesetzesdichte wurde als möglicher Ansatz zur Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens genannt.

2. Baugesuchseingabe vereinfachen: Dynamische und verständliche Formulare, klare Checklisten sowie einheitliche Übersichten zu kantonalen und kommunalen Anforderungen sollen die Einreichung vollständiger Baugesuche erleichtern. Auch die Anforderungen an Bagatellgesuche sollen überprüft werden.

3. Qualität der Baugesuche verbessern: Gezielte Aus- und Weiterbildungsangebote für Planende, Landwirte und weitere Beteiligte sollen die Qualität und Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen verbessern. Ergänzend wurden verbindliche Qualitätsstandards und eine freiwillige Qualitätsauszeichnung für Planverfassende vorgeschlagen.

4. Digitalisierung und KI gezielt einsetzen: KI-gestützte Eingangsprüfungen und dynamische Gesuchsformulare könnten fehlende Angaben und Unterlagen frühzeitig erkennen. Ein KI-Agent könnte zudem bei Fragen zu gesetzlichen Grundlagen und erforderlichen Beilagen unterstützen.

5. Kommunikation und direkten Austausch stärken: Der persönliche und unkomplizierte Kontakt zwischen Planenden, Gemeinden und Fachstellen soll gefördert werden. Verständliche und lösungsorientierte Sistierungsschreiben sowie frühzeitige Klärungen offener Fragen können dazu beitragen, Sistierungen zu vermeiden.

6. Fachinformationen und Unterstützungsangebote besser zugänglich machen: Bestehende Angebote wie Planersprechstunde und Beilagenhilfe sollen bekannter gemacht werden. Eine zentrale

Informationsmöglichkeit für Gemeinden und Planende soll zudem den Zugang zu aktuellen Informationen, Änderungen und zur kantonalen Praxis erleichtern.

7. Fachwissen bündeln und Zusammenarbeit stärken: Eine stärkere regionale Zusammenarbeit beziehungsweise Regionalisierung der Bauämter wurde als Ansatz genannt, um Fachwissen zu bündeln, die Bearbeitung von Baugesuchen zu vereinheitlichen und die Qualität der Verfahren zu stärken.